



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

V e r e n k o t t e, Christoph

in der vollumfänglichen Haftung für die Person

Christoph Verenkotte

in der Funktion als Präsident sowie allen weiteren Funktionen

und alle seiner Rechtsnachfolger tätig als

Bundesverwaltungsamt

Barbarastraße 1, 50735 Köln -ALLEMAGNE/GERMANY

Aufzeichnungsnummer: RH 59 985 006 6DE

Sehr geehrter **V e r e n k o t t e, Christoph!**

Der Erklärende beendet nun seine Mitwirkung in der Staatssimulation Bundesrepublik Deutschland (BRD), BUND, Deutschland, Germany oder wie auch immer die NGO, das privatrechtliche Firmenkonsortium sich gerade nennt oder nennen mag.

Es macht keinen Sinn ein totes Pferd reiten zu wollen, daher steigt der Erklärende nun ab bzw. aus. Seit 1990 reitet die Nachkriegsverwaltung dieses tote Pferd ohne Legitimation ohne Rücksicht und Skrupel weiter, um nun aber zum Abstieg, durch die Umstände der Zeit, gezwungen zu werden. Doch der Reihe nach:

1. Am **22. Dezember 2022** bestätigt das **Verwaltungsgericht Köln in seinem Urteil 13 K 2736/19** den Fortbestand des Deutschen Reiches nach 1945. Das Gericht implementiert damit auch:

- a) daß die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat ist
- b) daß das Inland auf dem wir Leben, das Staatsgebiet Deutsches Reich ist
- c) daß alle Einbürgerungen seit 1949 nichtig sind, da nur ein Staat Einbürgerungen vornehmen kann
- d) daß die auf dem Staatsgebiet Deutsches Reich lebenden Innländer, indigene Deutsche Staatsangehörige des Deutschen Reiches oder "Neudeutsch Reichsbürger" sind
- e) daß eine Zuständigkeit der Staatssimulation BUND für indigene Deutsche nicht gegeben ist

Fest steht auch, daß am 17. Juli 1990 die Alliierten das Staatsfragment mit dem Namen "Bundesrepublik Deutschland" aufgelöst und die bis dato freigegebenen Hoheitsbefugnisse aufgehoben haben und Rechtsnormen, die in der Zeit von 1949 bis 2000 in dem vereinigten Wirtschaftsgebiet entstanden sind, durch die Bundesbereinigungsgesetze ab 2006 bis 2010 wieder aufgehoben wurden. Deutschland ist nach wie vor ein Protektorat der USA, die selbst Deutschland als einen Vasallenstaat bezeichnen.

Der nach wie vor bestehende Gesetzesvorbehalt der Militärregierung sowie das Bestehende Besatzungsstatut wird durch Einträge im Bundesgesetzblatt insbesondere Art. 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages vom 23.10.1954 BGBL 11 S. 405 bestätigt, was nochmals im Notenwechsel vom 23. September 1992, BGBL 94, Seite 26 Aert. 1b bestätigt wurde. (siehe Anlage, Schreiben des Bundesministeriums der Justiz).



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

Die Vorschriften der Reichsgesetze bleiben in Kraft [Art. 50 EGBGB], sodaß deutsche Bürger der Rechtsordnung "Deutsches Reich" unterliegen und eine sachliche Zuständigkeit für Einrichtungen des BUNDES nicht gegeben ist. Der Gegenbeweis ist zulässig und muß durch entsprechende Dokumente und Vereinbarungen belegt werden.

Das Deutsche Reich fungiert als Treuhänder seiner beteiligten Bundesstaaten und Begünstigte sind die Angehörigen der Bundesstaaten und wurde 1871 in Versailles, Frankreich proklamiert. Damit unterliegt das Deutsche Reich der Rechtsordnung von Frankreich (vgl. Art. 49 und 54 AE W RnS).

ALR. ERSTER THEIL. 5. Titel. Von Verträgen. §. 111. „Die Form eines Vertrags ist nach den Gesetzen des Orts, wo er geschlossen worden, zu beurtheilen.“

„Der Ort des Vertrags regiert den Akt.“ (Locus contractus regit actum.) [Bouvier's 1856 Maximes of Law].

Aus diesem Grund wurde in Versailles der Versailler-Vertrag zwischen den Vertretern des "Deutschen Reiches und den Alliierten geschlossen.

Bei der Bundesregierung handelt es sich um Kriegstreiber, die einen illegalen Krieg gegen andere Völker vorbereiten oder gar schon führen sowie um Lügner, die die Wahrheit über Deutschland und seine Geschichte, die Wahrheit über das Sein der Menschen, bekämpfen wie der Teufel das Weihwasser. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht und scheuen auch nicht den Genozid von Millionen Menschen, aktuell 5,5 Millionen tote Menschen in der westlichen Welt, die durch ein erfundenes Virus, einer nicht bestehenden Pandemie, durch Lügen zu einer Giftspritze nötigen, die in drei bis fünf Jahren unmißverständlich zum Tod führen wird, da jede einzelne enthaltenen Substanz wie Graphenoxid, Graphenhydroxis, Spike-Proteine sowie Black Goo absolut tödlich wirkt und darüber hinaus eine Trippelhelix der DNA hinzufügt, die die Schwefelbrücken die Nukleotide 10 5 6 5 (A T C G) in 10 5 6 6 6 5 umwandelt. Mit einem erfundenen und nicht existentem Masernvirus soll der Genozid mit mRNA Kampfmittel zwangsweise weiter betrieben werden.

Die Lügner plündern das Volk durch fiktive, erfundene Rechtsnormen, mit denen sie sich ein Recht geben, etwas tun zu dürfen, um sich über Menschen und ihrem Eigentum zu erheben, Macht über sie auszuüben, die sie dann gewalttätig ausüben, bereichern sich daran in unglaublichem Maße, betreiben Machtmißbrauch weil keine Kontrolle besteht, leisten sich im "öffentlichen Amt" private Flugdienste, Fotografen, Visagisten, Berater für Millionen von Geldern und verteilen das Geld im Gieskannenprinzip auf die ganze Welt, zerstören das Finanzsystem und enteignen alle Sparer, Rentner und alle Menschen, die sich für ihren Lebensabend etwas erschaffen haben. Die Lügner erfinden einen von Menschen verursachten Klimawandel und zerstören damit die Wirtschaft und Existenzen von Familien. Sie versprühen Giftstoffe, Schimmelpilze und Schwermetalle im Himmel und erklären dem Volk, daß es eine notwendige Maßnahme gegen den Klimawandel sei. Sie zerstören mit unnützen Bauten, Wirtschaftsverböten und übermäßige Abholzung ganze Landschaften und Anbauflächen und finanzieren linke und rechte Terrorgruppen, die ihren Zielen dienlich sind und betreiben Medienmißbrauch, Zensur und Überwachungs- und Denunziantentum.

All jene werden von den Lügnern mittels eigener Wahrheitsinstitutionen bekämpft, die sich der Wahrheit und ihrer Verbreitung widmen, und sie werden zunächst als Querdenker, Aluhutträger,



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

rechtes Gesindel, Reichsbürger, Impfgegner u.a. diffamiert denn das freie Wort, die freien Medien und die freie Forschung werden behindert bzw. unterdrückt und wenn das nicht ausreicht, durch fiktive Anschuldigungen strafrechtlich verfolgt, in Gefängnisse eingesperrt und substanziell ruiniert. Es wird sukzessive die Herrschaft des Rechtes abgeschafft und untertänig gemacht, so daß das Recht heute ein Gehilfe der Macht ist. All das, wohlbemerkt, ohne Legitimation, aus niederen Beweggründen. Dazu urteilten die Gerichte; wenn eine durch Amtspersonen nicht legitimierte Handlung exekutiert wird, so ist die Tat als verwerflich zu werten und der Behördenleiter als Aufsichtführendes Organ haftet unmittelbar (vgl. Bay 88,9 i.V. mit NJW60, 253; BGH 40, 178; etc.).

2. Der Staat Hessen wurde durch Proklamation Nr. 2 (Anlage) am 19.9.1945 gegründet, erhielt durch Proklamation Nr. 3 und 4 Souveränitätsrechte und wurde mit der Verfassung am 1.12.1946 Demokratische Republik (Art. 65 HV).

Die Gesetzgebungsgewalt der Demokratischen Republik Hessen (DRH) wird **ausschließlich** durch das Volk oder dem Landtag (vgl. Art. 70, 71, 116 HV) ausgeübt. Die Gesetzgebungsgewalt im ganzen oder für Teilgebiete kann von der Landesregierung nicht übertragen werden (Art 118 HV).

Demzufolge müssen Gesetze, die vom Bund oder der Europäischen Union, die in die Souveränität der Bürger in Hessen eingreifen, über Mantelgesetze, wie vor 1991 in Berlin, oder aber durch eigene Gesetze in nationales Recht umgewandelt und durch ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren durch den Hessischen Landtag legitimiert werden. Der Verweis auf Art. 152 Hessische Verfassung, wonach bis zur Bildung einer gesetzgebenden Körperschaft für die deutsche Republik für bestimmte Teile des Rechts eine einheitliche Gesetzgebung geschaffen wird, die der endgültigen gesamtdeutschen Einheit kein Hindernis bereiten darf, muß dem entgegengehalten werden, daß solche Vereinbarungen der Zustimmung des Landtags bedürfen. Sie müssen vorsehen, daß die gesetzgebende Gewalt auf ein Organ übertragen wird, das mittelbar oder unmittelbar aus demokratischen Wahlen hervorgegangen ist. Gesetze, die von diesen Organen beschlossen werden, binden das Land Hessen nur, wenn sie der Verfassung nicht zuwiderlaufen.

In jedem Fall muß jedes in Hessen angewendete Gesetz durch das hessische Volk oder durch den Hessischen Landtag legitimiert werden.

Einen Verfassungsbruch begeht, wer Gesetze zur Anwendung bringt, die nicht durch das hessische Volk oder durch den Hessischen Landtag legitimiert wurden und kommt einer revolutionäre antidemokratischen Handlung gleich (vgl. Art. 148 Hessische Verfassung).

Nationalsozialistisches Gedankengut ist in Hessen geächtet und verboten (vgl. Art. 158) und die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind, um den Nationalsozialismus und den Militarismus zu überwinden und das von ihm verschuldete Unrecht wiedergutzumachen.

Die von der Finanzverwaltung und der Justiz genutzten Nationalsozialistischen Gesetzen wie zum Beispiel die Justizbeitragsordnung 11.03.1937, das Einkommenssteuergesetz 16. Oktober



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

1934, die Abgabenordnung 1934, das Grundsteuergesetz 1. Dezember 1936, wurden durch das Kontrollratsgesetz Nr. 1 Art. II vom 20. September 1945 aufgehoben und sind als herrenlose Rechte zu bezeichnen. Wer irgendwelche durch dieses Gesetz aufgehobenen Gesetze anwendet oder anzuwenden versucht, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus (Kontrollratsgesetz Nr. 1 Art. III.).

Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschen Recht bleibt unberührt. (Art. 159 HV)

Die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 1 aufgehobenen "Gesetze" Justizbeitreibungsordnung 1937, Einkommenssteuergesetz 1934, Abgabenordnung 1934, Grundsteuergesetz 1936 sind keine Rechtsnormen, die in die Rechtsordnung des Staates Hessen durch seine Gesetzgeber Landtag oder Staatsvolk aufgenommen oder aber legitimiert wurden. Wer sich anmaßt diese Rechtsnormen in Anwendung zu bringen, will sich unrechtmäßig bereichern, Menschen ausplündern und hält den Adolf Hitlergeist lebendig, trägt seine braune **Reichsbürgergesinnung** offen zur Schau, steht im Widerspruch mit der Internationalen Rechtsordnung der Vereinten Nationen, ebenso wie mit der Rechtsordnung Hessens und Deutschlands selbst und greift den verfassungsmäßigen Zustand an und gefährdet die rechtstaatliche Ordnung als ganzes. Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht. Wer von einem Verfassungsbruch oder einem auf Verfassungsbruch gerichteten Unternehmen Kenntnis erhält, **hat die Pflicht**, die Strafverfolgung des Schuldigen zu erzwingen (vgl. Art. 147 HV) und alle die sich einer Verletzung der Verfassung schuldig gemacht haben, zur Rechenschaft zu ziehen, sobald der verfassungswidrige Zustand wieder beseitigt ist (Art. 148 HV). Verletzt jemand in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so bleibt ein Rückgriff gegen ihn vorbehalten (Art. 136 HV).

Eine Firma, bzw. ein gewerblicher Betrieb wie das Land Hessen oder neuerdings Bundesland Hessen, eingetragen im UPIK Firmenregister, kennt kein Inland, denn es ist nicht im Besitz hoheitlicher Rechte für ein Staatsgebiet, welches dem Deutschen Reich zuzuordnen ist. Nur das Deutsche Reich oder aber die Besatzungsmacht auf der Grundlage der HLKO darf hoheitliche Aufgaben durch Proklamation vergeben.

3. Der Erklärende, die natürliche PERSON Freiherr Arne Georg von Hinkelbein, ist ein Abkömmling des Großvaters Ludwig Theodor geb. 20. April 1910 in Offenbach/M -**Staatsangehörigkeit Großherzogtum Hessen** des Vaters Bernd geb. 12. Oktober 1940 in Offenbach/M **Staatsangehörigkeit Deutsches Reich** und sie nach § 5 *RuStAG 1913- eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation durch einen Deutschen begründet für das Kind die Staatsangehörigkeit des Vaters- die Staatsangehörigkeit Deutsches Reich.*

Die juristische PERSON hingegen, Geburtsurkundennummer 1245/1963 Standesamt Offenbach am Main, ist bereits seit 13. Juli 1963 für tot erklärt worden. Die Sterbeurkunde ist im Pfarramt St. Marien- Offenbach am Main hinterlegt.

Die Nachlaßverwalter sind:

1. Deutsche Rentenversicherung BUND ;10704 Berlin, NR:970 52 210563 H 056 50
2. Bundesverwaltungsamt, Barbarastr. 1 - 50735 Köln Nr. 3601450



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

Der Erklärende nutzt gemäß Can. 96 die Zeit seiner Taufe erschaffene natürliche PERSON (substanzielle PERSON) gleichen Namens, mitnichten die gestorbene PERSON Geburtsurkundennummer 1245/1963 Standesamt Offenbach/M und ist Treugeber und Begünstigter der mit ihr verbundenen Vermögensmasse. Die diesbezügliche Lebenderklärung liegt dem Bundesverwaltungsamt vor.

Inhaberin und Treuhänderin der Namensrechte ist die Freiherr von Hinkelbein GbR. Eingetragen ist das Namensrecht bei der **WIPO in Madrid Referenznummer 981/1298266201 International registration No. 1474183 (ARNE HINKELBEIN)**.

Anfragen zu Genehmigungen und Lizenzierungen zum geschäftlichen Gebrauch des Namens sind direkt an das Büro der GbR zu richten. Eine rechtliche und geschäftliche Nutzung des Namens ist nicht gestattet. Eine Gestattung erfolgt ausschließlich über die **Freiherr von Hinkelbein GbR**.

Weitere PERSONEN des Privatrechts, die von der Holding "**Freiherr von Hinkelbein LTD**" mit Sitz in London treuhänderisch verwaltet werden sind die

1. Ballhaus-Michelstadt GbR, Liechtenstein, Vaduz (1. Januar 2009)
2. Freiherr von Hinkelbein GbR, Luxemburg (1. Januar 2018)
3. Tanzschule Hinkelbein GbR, Luxemburg (1. August 2020)
4. Ballhaus-Erlebniswelt GbR, Luxemburg (1. August 2020)

Aus dem gleichen Grund, warum das Deutsche Reich 1871 in Frankreich proklamiert wurde, wurden die "Gesellschaften bürgerlichen Rechts" (GbR) in Liechtenstein und Luxemburg proklamiert. Dort herrschen Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit. Die GbR's unterliegen dem Rechtskreis ihrer Proklamationsgebiete und sind der Bundesverwaltung entzogen-Gründungstheorie geht vor Sitztheorie (vgl. Art. 12 EGBGB). Wie die GbR Verträge belegen, sind die streitgegenständlichen Konten der BAWAG und der CSOB der Ballhaus-Michelstadt GbR, Liechtenstein, Vaduz (1. Januar 2009) sowie der Freiherr von Hinkelbein GbR, Luxemburg (1. Januar 2018) zuzuordnen. Der Leistungs- und Erfüllungsort ist der Ort der Vertragsunterzeichnung und Gerichtsstand das Landgericht Vaduz sowie das Cour Constitutionnel Luxembourg. Sollte eine Vertragsverletzung mit einer Bundeseinrichtung bestehen, so ist dies mit einer Klage am Zivilgericht möglich. [Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 \(BGB\) ist ein Reichsgesetz, darf somit nur vom Reichstag verändert werden und seine Auslegung ist auch dem Reich, bzw. dem Reichsgericht vorbehalten.](#)

Die PERSON Einzelunternehmen "Tanzschule Hinkelbein Cafe /Creaplan" Steuernummer 33 827 60325 wurde ordnungsgemäß buchhalterisch geführt und versteuert, obwohl es an einer Rechtsgrundlage für eine Steuererhebung von Einzelunternehmen, die sich auf natürliche PERSONEN beziehen und damit als Unternehmung im Inland "Deutschen Reich" der Rechtsordnung des "Deutschen Reiches" unterliegen, mangelt.

Mit Datum 18. März 2020 wurde vom Landrat des Odenwaldkreises Frank Matiaske im Rahmen eines Lockdowns der Betrieb des Einzelunternehmens "Tanzschule Hinkelbein, Cafe /Creaplan" durch Verfügung untersagt und eine Weiterführung bis zum heutigen Tag nicht wieder genehmigt, sodaß der Betrieb eingestellt wurde. Gegen diese Entscheidung hätte der Betreiber Klage nach Maßgabe des § 55a Abs 2 bis 4 beim Verwaltungsgericht Darmstadt einreichen müssen, was nicht geschehen ist. Verantwortlicher im ganzen ist nun



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

Landrat Frank Matiaske, der mit der Betriebsuntersagung auch die rechtlichen Konsequenzen wie die kaufmännische Leitung und die Haftung sowie Versicherung übernommen hat, denn die Genehmigung wurde dem bisherigen Organwalter entzogen. Mit Beschlagnahmung aller Urkunden und Dokumente sowie der elektronischen Geräte wie Festplatten, Notebooks und PC's am 11. Mai 2021 sind auch alle buchhalterischen Unterlagen im Besitz der Finanzverwaltung. Sollte der Empfänger noch ein Anliegen an die PERSON Einzelunternehmen "Tanzschule Hinkelbein Cafe /Creaplan" Steuernummer 33 827 60325 haben, so ist Landrat Frank Matiaske sowie die Bundesverwaltung der Haftungsschuldner. Sie haben mit Verfügung am 18. März 2020 die Verantwortung übernommen.

Den Organen der Bundesverwaltung ist all das hier beschriebene bekannt, zumindest ab einer bestimmten Besoldungsgruppe. Die Bediensteten wissen, daß sie privatrechtlich handeln und alsbald zur Verantwortung gezogen werden, denn es sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, denn seit dem 8. Mai 1945 besteht lediglich ein Waffenstillstandsabkommen.

Das ist auch der Grund, warum Richter und Verwaltungsbedienstete **keine rechtsgültigen und rechtswirksamen öffentlich legalisierte Urkunden wie Verfügungen, Bescheide, Beschlüsse, Urteile und ähnliche Dokumente in den Rechtsverkehr versenden** oder aber private, nicht legalisierte Urkunden in die Akten legen. Privat interessiert der Öffentlichkeit nicht! Sie verweigern ihre Unterschriften, die Versicherung, sie verweigern Erklärungen für die Verwaltung, für Gerichte abzugeben und damit die Haftung zu übernehmen und ihre Zuständigkeit für Bürger des "Deutschen Reiches" zu erklären. Sie verschwinden in der Anonymität einer Firma, einer kriminellen Vereinigung, erwecken nur den Schein einer Rechtstaatlichkeit, begehen damit **Betrug, räuberische Erpressung, aber auch Anstiftung zu Straftaten, Bewaffnete Raubüberfälle, Verfolgung und Vollstreckung Unschuldiger** und sind gleichsam Vollstreckungsschuldner, die mit ihrem gesamten Vermögen für die Exekutierung ihrer Handlungen in der Haftung stehen (vgl. §§ 823, 830 und 839 BGB).

Einem öffentlich Bediensteten oder einem Amtsträger obliegt die volle Verantwortung über die Rechtsmäßigkeit seiner Handlungen und seiner Amtspflicht. Er ist an die Verfassung und die Rechtsordnung unmittelbar gebunden (vgl. Art 26 HV). Verletzt jemand in Ausführung der ihm anvertrauten öffentliche Gewalt die ihm einen Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder Körperschaft, in dessen Dienst er steht (Art. 136 HV). Der Rückgriff gegen ihn bleibt vorbehalten, insbesondere wenn er materielles Recht verletzt, etwa durch Anwendung ungültiger Gesetze (10 zu § 339 StGB), durch falsche Rechtsanwendung, etwa durch Abweichen von eindeutiger Rechtsnormen (vgl. Scheffer NStZ. 96. 67ff) oder durch Vorname oder Verfügung einer gesetzlich nicht vorgesehenen Maßnahme (BGH 32, 359); durch fälschen des Sachverhalts, auf den das Recht angewandt werden soll (NJW60.253; BGH 40; 178) auch im Wege von Absprachen; durch Verletzung des Grundsatzes "in dubio pro reo" (NJW 71, 571).

Der Erklärende wurde geplündert, ausgeraubt, Konten gepfändet, ohne Eröffnungsbeschluß, ohne existierendes Urteil, ohne Urteilsverkündung inhaftiert, der Freiheit und Existenzgrundlage beraubt, alles ohne rechtsgültige und rechtswirksame Entscheidungen, die von anonymen PERSONEN durch Computerausdrucke ohne Echtheitsmerkmale, also lediglich Entwürfe oder **Privaturkunden**, in den Rechtsverkehr gebracht hat, veranlaßt wurden. Die Liste der Vergehen der so genannten "Staatsbediensteten" im Auftrag eines privaten Firmenkonsortiums ist lang. All jene sind nun zur



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

Verantwortung zu ziehen und zum Schadenersatz verpflichtet. [Dazu urteilten die Gerichte; wenn eine durch Amtspersonen nicht legitimierte Handlung exekutiert wird, so ist die Tat als verwerflich zu werten und der Behördenleiter als Aufsichtführendes Organ haftet unmittelbar \(vgl. Bay 88,9 i.V. mit NJW60, 253; BGH 40, 178; etc.\).](#)

Die Akten belegen die Verbrechen gegen den **Menschen Arne** und auch die Verursacher sind den Akten zu entnehmen. Der Erklärende akzeptiert alle ihm über die Person vorgelegten Verbindlichkeiten der Bundesverwaltung und ihrer Tochterunternehmen für Wert und gibt die Annahme im Wechsel für die Verrechnung dem Empfänger zum Ausgleich seiner Verbindlichkeiten bezüglich der Konten

[\[Steuer Id. 64 371 209 834, Steuer Nr. 33 827 60325, Ust-IdNr.: DE 111705707, Geb.Urk. 1245/1963 Debitor 129340/RM22-02082 \]](#) zurück.

Die Erlaubnis erstreckt sich über einen einmaligen Zugriff in den Honigtopf, dem Kollateralkonto. Eine weitere Forderung wird dann als Nötigung und Erpressung gewertet und für Wert von 666.000.000,00 USD (sic) akzeptiert, zu der dann ein Buchungsnachweis und die Trial Balance vorzulegen ist. Sollte Verzug eintreten, so ist der Empfänger freiwillig und unwiderruflich als Schuldner des ergründeten Aktenzeichens identifiziert und verpflichtet, alles notwendige für eine Rückabwicklung in die Wege zu leiten, die in den "Akzeptanzen" genannten Annahmen zu begleichen und der Versicherung des Empfängers zur Auszahlung per Barscheck an den Erklärenden vorzulegen

Wir erleben gerade die aktive Beseitigung der Nachkriegsordnung von 1945 und wohl eine Wiederherstellung der parlamentarischen Rechtsordnung von 1914.

Ein Umsatteln der Lügner ist nicht erkennbar, weshalb manch zweifelhafte Berater zum Reiten eines toten Pferdes empfehlen – im übertragenen Sinne – auch das:

- Eine stärkere Peitsche kaufen.
- Reiter auswechseln.
- Sagen: „So wurden bei uns schon immer Pferde geritten!“
- Berater anheuern, die das Pferd analysieren.
- Andere Unternehmen studieren, wie diese ihre toten Pferde reiten.
- Die Anforderungen an tote Pferde steigern.
- Einen beeindruckenden Namen für das tote Pferd entwickeln.
- Einen Elitetrupp gründen, der das Pferd wiederbelebt.
- Seminare besuchen, um die Reiter zu verbessern.
- Umdefinieren: Pferde sterben nicht!



Freiherr von Hinkelbein

Freier Journalist und Publizist

- Die Kriterien, nach denen das Pferd tot ist, verändern.
- Subunternehmen mit dem Weiterreiten beschäftigen.
- Neue Absatzmärkte für das tote Pferd finden.
- Mit anderen toten Pferden ein neues Gespann bilden.
- Rotstift ansetzen, um das Pferd billiger zu reiten. Oder Boni für tote Pferde einführen.
- Unternehmensstruktur ändern, um das tote Pferd anderweitig unterzubringen.
- Erklären, dass tote Pferde billiger und leichter zu führen sind.
- Neue Absatzmärkte für tote Pferde finden.
- Die Werbung für tote Pferde verbessern.

All dieser Schwachsinn ist nun zu beenden, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und es sind wieder geordnete, dem Menschen und seiner Entwicklung dienende und rechtschaffene Strukturen zu schaffen, die eine Welt mit Zukunft, auch für zukünftige Generationen, entstehen lassen. Die Autarkie jedes Verwaltungsgebietes muß gewährleistet sein und Zukunftstechnologien sind zu fördern und nicht wie bisher, zu unterdrücken oder gar zu eliminieren.

Der Erklärende bleibt seinem Heimatland treu, legt seine Zukunft in die Hände der Schöpfung im christlichen Sinne, vertraut auf ihre Hilfe und steht zu den Werten Jesus Christus, in der Kirche Christi.

- Durch Beschäftigte angenommene Post entspricht der Annahme durch den Empfänger -

Ausgefertigt und versendet [per Fax an **069-1367-2976**] zum **5. Februar 2023**

Hochachtungsvoll

i.A. _____ A.R.
F.v.Hinkelbein DBA [\[UCC 1-308\] without prejudice](#)

Anlage: